

1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
Ausgabe vom 1. Mai 2024

P.P.
CH-5001
Aarau
Post CH AG



Programme 1. Maifeiern 2024

Aarau | Lenzburg | Oberkulm | Zofingen __ Seite 8

Baden | Brugg | Muri | Frick _____ Seite 7

Zum 1. Mai _____ Seite 2

Heraus zum 1. Mai
– der Wind hat gedreht _____ Seite 3

140, 55 oder 900? _____ Seite 4

Ukraine: 5 Millionen Arbeits-
plätze zerstört _____ Seite 5

Das Geld muss an die Leute,
nicht in den Tresor _____ Seite 7

Ein Murmeltier mit hoher
Lebenserwartung _____ Seite 10

Initiativbogen
Lohngleichheit _____ Seite 11

Gesundheitsbranche hat sich
krank gefressen _____ Seite 12

1. Mai muss kantonaler Feiertag
sein! _____ Seite 13

Inserate _____ Seite 14

Fest der Solidarität _____ Seite 15

Angriff auf den Schutz von
Arbeiter:innen im Verkauf _____ Seite 16

Zum 1. Mai

Am 3. März konnte mit dem JA zur 13. AHV-Rente ein historischer Sieg für die Gewerkschaftsbewegung erreicht werden. Die Annahme unserer Volksinitiative bestätigt und bekräftigt unser strategisches Ziel, die Kaufkraft zum zentralen Thema der sozialen und politischen Agenda zu machen. Darauf müssen wir am 1. Mai 2024 aufbauen und die Energie von diesem Durchbruch mitnehmen für die weiteren Kämpfe in der Lohn- und Einkommensfrage.

Am 9. Juni kommt die wichtige Volksinitiative zur Abstimmung, die die Prämien auf 10% des Einkommens deckeln will. Der SGB hat diese Initiative unterstützt und mitgesammelt. Mit dem Anstieg der Prämien um 8.7 % auf Anfang Jahr hat die Belastung für viele Arbeiter:innen und Familien die Schmerzgrenze überschritten. Viele Kantone haben ihre Budgets für Prämienentlastungen trotzdem zurückgefahren und senken stattdessen die Steuern für Gutverdienende. Die unsoziale Finanzierung der Gesundheit durch die Krankenkassenprämien braucht eine Lösung und muss daher am 1. Mai im Fokus stehen.

Gleichzeitig müssen die Löhne im 2024 ein zentrales Thema sein. Die Lohnentwicklung der letzten Jahre ist sehr be-

sorgniserregend. Mit den Lohnabschlüssen auf 2024 konnte die Teuerung zwar mehrheitlich aufgefangen werden. Trotzdem kommen die Reallöhne seit 2016 kaum vom Fleck, obwohl die Arbeitnehmenden immer produktiver werden. Nach Jahren der rekordhohen Profite und Dividenden braucht es endlich kräftige Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaften müssen ihr Engagement in der Lohnfrage deutlich verstärken. Deshalb:

Prämien runter, Löhne rauf!

Der Slogan verbindet das Thema Krankenkassenprämien mit der breiteren Einkommensfrage und zeigt klar: Es ist Zeit für eine Entlastung der Arbeitnehmenden und für eine Aufwertung ihrer Arbeit.

2024 ist für mehrere wichtige gewerkschaftliche Anliegen ein Schlüsseljahr und die Gewerkschaften müssen an vielen Fronten wichtige Kämpfe führen:

In der Rentenpolitik kommt nach der 13. AHV-Rente die BVG-Revision zur Ab-

stimmung. Ein Nein zu dieser schlechten Reform ist sehr wichtig.

In der Europapolitik wird der Bundesrat ein Verhandlungsmandat verabschieden. Er hat schon verlauten lassen, dass es dann schnell gehen soll. Ein rasches Ergebnis im Form eines neuen Abkommenpakets ist somit nicht ausgeschlossen.

Die Einkommenssituation der Arbeitnehmenden bleibt angespannt nach zwei Jahren Teuerung und den nochmals steigenden Energie-, Mietkosten und Krankenkassenprämien. In der Lohnrunde wird es darum gehen, diese höheren Lebenskosten auszugleichen und endlich wieder reale Lohnerhöhungen zu erreichen.

Und auch international bleibt die Lage angespannt und unvorhersehbar mit mehreren Konflikten – vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten.



Foto: Peter Pauli

Heraus zum 1. Mai – der Wind hat gedreht!

Aufruf zum Tag der Arbeit

Der historische Sieg am 3. März 2024 bei der Abstimmung zur 13. AHV-Rente war nur der Anfang. Wir müssen dranbleiben, um die soziale Wende in unserem Land zu schaffen!

Die letzten Abstimmungen haben gezeigt: Gewerkschaftliche Initiativen können bei der Stimmbürger:innen Mehrheit finden. In den letzten Jahren sind Preise gestiegen und die Löhne haben stagniert. Die Classe Politique ist weit weg von den Menschen und entscheidet an den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung vorbei. Bund und Kantone verschätzen sich immer wieder in ihren Prognosen, dem Volk wird weisgemacht, dass die Finanzen schlecht sind, Abbau unumgänglich und Ausbau der Dienstleistungen an den Menschen unmöglich sind. Und dass Steuergeschenke für Unternehmen und Wohlhabende uns allen nützen, dafür müssen wir halt alle Opfer bringen – den Gürtel enger schnallen, damit es denen besser geht, denen es schon gut geht. Im Frühling dann regelmässig die "überraschend gute" Nachricht: Es war gar nicht so schlimm, wir machen millionenschwere Gewinne! Jüngstes Beispiel: Der Kanton Aargau, der sich um 400 Millionen verschätzt hat und nun einen Gewinn von 119.5 Millionen vorweisen kann. Man reibt sich die Augen: Wir hätten in die Bildung investieren, Leistungen für die finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen ausbauen, Massnahmen zur Abfederung der Teuerung und in eine sinnvolle Finanzierung des Gesundheitswesens investieren können. Gerade in unserem Kanton, der bei Sozialhilfeausgaben, Stipendien, Prämienverbilligung, Staatspersonal und noch vielem mehr schweizweit das Schlusslicht ist. Stattdessen lässt man die Bevölkerung mit ihren Sorgen alleine. Wie



Silvia Dell'Aquila
Präsidentin Aargauischer
Gewerkschaftsbund

soll man in diese Regierung und in die Kantonspolitiker:innen noch Vertrauen haben?

Verteidigung von Renten und Kaufkraft

Anfang März hat die Schweiz ein deutliches Zeichen für eine starke AHV gesetzt – sogar der sonst konservative Kanton Aargau fand eine deutliche Mehrheit für die 13. AHV-Rente. In der zweiten Jahreshälfte wird dann noch über die BVG-Reform an der Urne entschieden. Die vom Bundesparlament

entschiedene Reform enthält zwar gute Ansätze, aber ausgerechnet Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Löhnen müssten mit BVG 21 nun viel mehr bezahlen für insgesamt weniger Rente. Und die Frauen sollen nach der Erhöhung des Rentenalters noch ein zweites Mal bezahlen: Statt mit besseren Renten wäre eine Mehrheit mit einer Rentensenkung konfrontiert. Wieder einmal geht für die Bevölkerung die Rechnung nicht auf. Dank dem Einsatz von Gewerkschaften und Organisationen, welche erfolgreich das Referendum ergriffen haben, können wir darüber abstimmen. Und auch diesen Angriff auf die Altersvorsorge müssen wir an der Urne verteidigen. Wir wissen schon jetzt: Nicht zum letzten Mal.

Weiter ist für uns Gewerkschaften die Verteidigung der Kaufkraft ein zentrales Thema. Die Löhne sind nicht in dem Masse gestiegen, dass die Last unter den höheren Preisen von Mieten und lebensnotwendigen Gütern für die Menschen hätte aufgefangen werden können. Die Gesundheitskosten wachsen zudem weiter, während die Kantone die Prämienentlastung massiv zurückfahren. So auch der Aargau, der schon seit Jahren in den hinteren Rängen zu finden ist. Genau zu diesem Punkt wird sich die Schweiz im Juni äussern können. Es kommt die Prämien-Entlastungs-Initiative

zur Abstimmung, welche die Prämien auf 10 Prozent des Einkommens deckeln will. Hier müssen wir uns wieder engagieren, für den Erhalt der Kaufkraft grosser Teile der Bevölkerung.

Auch im Aargau: Prämien runter, Löhne rauf!

Der Aargauische Gewerkschaftsbund ruft alle auf, sich am 1. Mai an den Demos und Kundgebungen im ganzen Kanton zu beteiligen. Wir müssen zusammen eine soziale Wende voranbringen, die in unserem Kanton und in der ganzen Schweiz bitter nötig ist. Die Politik muss ein klares Signal erhalten: Die Menschen in diesem Land sind nicht mehr bereit zu akzeptieren, dass man sie übergeht. Wir fordern, dass der Mensch im Zentrum des politischen Handelns steht. Sozialpolitische Anliegen und der Service Public haben Priorität, denn es ist nicht weiter zu akzeptieren, dass weite Teile der Bevölkerung einen Sozialabbau wie auch einen Abbau von staatspolitischen Leistungen tragen müssen, verursacht von einer falschen Finanzpolitik, welche die Interessen der oberen Zehntausend vertritt. Lasst uns diesen 1. Mai nutzen: Schliessen wir uns zusammen, tauschen wir uns aus und engagieren wir uns gemeinsam für unsere Anliegen!

Impressum

Herausgeber:

- Aarg. Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region AG-NWS
- VPOD Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau
- Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV

AGB, Bachstrasse 43, 5000 Aarau

Layout: Mira Meier, Baden

Umsetzung und Redaktion:

Andreas Ruf, Sekretär AGB, Aarau
Renato Mazzocco, Aarau

Druck:

Grafische Gesamtlösungen Bialek
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 16 000 Exemplare

140, 55 oder 900?

von Salvador Atasoy

Die Zahlen, die wir in den vergangenen Monaten gehört haben, schockieren. 140 Stellen baut CH-Media ab – Ringier 55 – die SRG bis zu 900 Stellen, sollten die Gebühren, wie angekündigt, auf 300 Franken pro Monat sinken. Die Entlassungen bei Tamedia oder ÉSH sind da noch nicht einmal mitgezählt.

Es ist ein massiver Stellenabbau – so etwas haben die Mediengewerkschaften in der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten nicht erlebt. 2018 arbeiteten noch rund

14'500 Personen im Journalismus (Angaben BFS). Drei Jahre später waren es noch 12'000. Heute dürfte die Zahl von 10'000 unterschritten sein. Die nach wie vor hohe Dichte von Medien-Titeln täuscht über die eigentliche Grösse der Redaktionen hinweg. Bei Tamedia, CH-Media, bei Ringier oder Somedia werden heute weite Teile der Produkte in Zentralredaktionen erstellt. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die Region Bern. Es gibt zwar nach wie vor zwei Titel – die Berner Zeitung und den Bund, beide gehören Tamedia – der erste Titel bedient die eher ländlich orientierte Bevölkerung – der zweite die Stadtmenschen. Doch ein grosser Teil der Inhalte ist deckungsgleich. Der Bund, einst eine stolze und wichtige Redaktion, ist heute nur noch ein schwacher Schatten seiner selbst, wenn man bedenkt, welche Macht und welches Renommee dieses Blatt einst hatte.

140, 55 oder 900 – ich werde immer wieder gefragt, warum dieser Abbau problematisch sein sollte. Was wir denn verlieren. Wir sind doch mit Informationen übersorgt. Netflix macht angeblich besseres Fernsehen als wir je hatten. Das Internet stellt mir Wissen gratis zur Verfügung. Die Digitalisierung hat Wissen demokratisiert. Wirklich? Hat die Digitalisierung Wissen nicht eher segregiert? Was bringt mir all die Information, wenn ich nicht weiss, wie ich einordnen,

verstehen, interpretieren soll? Wenn ich nicht weiss, wem ich trauen kann, nicht verstehe, was mir hier gezeigt wird?

Medienschaffende erfüllen eine wichtige



Salvador Atasoy
Präsident Schweizer Syndikat
Medienschaffender SSM

Scharnier-Funktion in einer Demokratie. Sie machen eine Auslegeordnung. Hinterfragen, überprüfen, decken auf. Sie zeigen Zusammenhänge, erinnern sich an Dinge, die andere vergessen wollen, hören zu, schauen hin, wo es weh tut. Das ist wichtig. Und das bringt eine Menge Verantwortung mit sich.

Solange es genug Medienschaffende gibt, solange Konkurrenz existiert, kontrollieren und überprüfen wir uns gegenseitig. Konkurrenz verhindert Machtkonzentration und Monopole. Und hier liegt der erste Teil des Problems: Zentralredaktionen führen zu Machtkonzentration. Stellenabbau zu Ausdünnung des Angebots. Was nach viel aussieht, ist oft dasselbe. Und wenn ein Produkt einen Sektor alleine beherrscht, dann sprechen wir von Monopolen.

Ist das ein Problem hierzulande? In der Tendenz ja. Wir sehen jetzt schon Regionen, in der es nur noch einen privaten Anbieter gibt – neben dem Regionaljournal der SRG.

Und damit kommen wir zum zweiten Teil des Problems: Die Medienmacht.

Ein Schlagwort, das die privaten Verleger und die Politik gerne brauchen, wenn sie erklären, warum es weniger SRG braucht. Der mediale Service Public sei zu mächtig geworden. Breite sich unkontrolliert aus. Mache den Privaten den Markt im Internet streitig. Die Rechnung scheint einfach: Verliert die SRG, gewinnen die privaten Medien. Und die bauen dann aus. Stellen Leute ein, versorgen die Regionen. Beleben die Demokratie. Problem gelöst.

Doch: Paywalls, Bezahlangebote für Fussball oder Eishockey, Abo-Modelle, all das bringt den Privaten zu wenig ein, um die Einnahmeverluste durch Werbe-

abgänge zu kompensieren. Wenn es um Information geht, um das Grundfutter einer Demokratie, dann kommt man ziemlich schnell zum Schluss: In der Schweiz hat der Medien-Markt versagt und mit ihm die privaten Verlage.

Was also funktioniert am Markt? Google funktioniert. Google Search funktioniert. Mehr als 95 Prozent der Menschen in diesem Land benutzen die Suchmaschine von Alphabet. Google beherrscht mit Kleinanzeigen und Vermittlungsdiensten den Onlinewerbemarkt der Schweiz. Die Summe, die Google in der Schweiz verdient, dürfte das Jahresbudget der SRG locker überschreiten. Das Problem: Google stellt selbst keine Inhalte her, sondern vermittelt nur und verdient daran. Mehr noch – dadurch, dass Google den Werbemarkt im Internet beherrscht, nimmt er werbebasierten Medien einen Grossteil der Existenzgrundlage weg.

Was funktioniert sonst noch? Netflix funktioniert. Das Problem: Auch Netflix hat kaum mit der Schweiz zu tun. Und trägt folglich nichts zum Demokratisierungsprozess der Schweiz bei. Es gibt keine Informationsmagazine, keine Aufbereitung von Aktualität. Sondern vor allem Unterhaltung. Netflix hat das Fernsehen, egal ob Regionalfernsehsender oder nationale Sender wie 3+ oder SRF in Teilen abgelöst. Blickt man auf das Publikum unter 35 und nimmt YouTube (gehört Alphabet) noch dazu, ist es keine Ablösung, sondern eine Zeitenwende.

Google, Netflix und YouTube sind damit zu den wichtigsten Treibern der Medienkonzentration in unserem Land geworden.

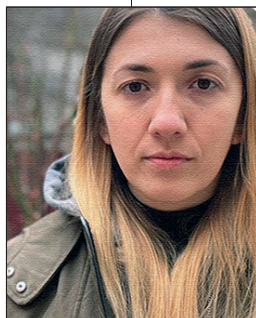
Diese Beispiele zeigen: Die SRG wurde nicht mächtiger. Ihr Budget – gesichert durch Gebührengelder – blieb mehr oder weniger konstant. Geschwächt wurden dafür die privaten Medien. Und das massiv. Von amerikanischen und chinesischen Plattformen wie Meta (Facebook,

Fortsetzung nächste Seite

„Wir schätzen, dass etwa 5 Millionen Arbeitsplätze zerstört wurden“

Interview von Andreas Ruf mit Ivanna Khrapko

Seit mehr als zwei Jahren wehrt die Ukraine die grossangelegte russische Invasion auf ihr Land ab. Der Krieg hat das Leben von Millionen Ukrainer:innen schlagartig verändert – und auch die Gewerkschaftsbewegung steht vor riesigen Herausforderungen. Andreas Ruf hat mit Ivanna Khrapko geredet, über die gewerkschaftliche Arbeit im Kriegszustand, über die Situation der Frauen in der Ukraine und über Nationalismus.



Ivanna Khrapko
Ukrainische Gewerkschafterin

Ivanna, danke, dass du dir für das Gespräch Zeit nimmst.

Kannst du uns beschreiben, wie sich die Arbeit der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung seit dem Überfall der Russen am 24. Februar 2022 verändert hat?

Fundamental. Nun, nach mehr als zwei Jahren, haben wir uns den Gegebenheiten etwas anpassen können. Die grösste Veränderung ist aber weiterhin, dass wir sehr viel Freiwilligenarbeit leisten. In Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsverbänden und Partnern im In- und Ausland sammeln wir Hilfsgüter, verteilen Hilfspakete in die betroffenen Gebiete oder in die Unterkünfte der Binnengeflüchteten. Der grösste Vorteil für uns ist, dass wir in allen Gebieten Kontaktpersonen haben, über die wir den Bedarf in Erfahrung bringen und die Abwicklung organisieren können.

Und weiter?

Die zweite grosse Veränderung nenne

ich unsere „Informations-Front“. Wir haben an unzähligen Informationsanlässen unserer Kolleg:innen im Ausland teilgenommen, um über die Situation der Arbeiter:innen in unserem Land zu informieren und die Realitäten aufzuzeigen.

Und wie sehen diese heute aus?

Wir schätzen, dass etwa 5 Millionen Arbeitsplätze zerstört wurden. Und wir haben viele Mitglieder verloren. Sei es, weil sie an die Front oder ins Ausland mussten oder weil

ihr Gebiet unter Okkupation gefallen ist und sie in den Westen der Ukraine flüchten mussten. Das erschüttert natürlich unsere Netzwerke und unsere Strukturen. Wir sind immer noch dabei, die Statistiken auszuwerten – aber alleine meine Gewerkschaft hat seit 2022 gegen 40'000 Mitglieder verloren.

Was ist aus deiner persönlichen Sicht das akuteste soziale Problem?

Für Binnenflüchtlinge eine angemessene Infrastruktur aufzubauen, sie zu integrieren, Arbeitsplätze für sie zu finden. Insbesondere für Frauen, die Kinder haben. Die Regierung sagt, es gibt genügend Arbeitsplätze – was stimmt – aber nicht für die Binnenflüchtlinge: Sie brauchen da eine Arbeit, wo sie sind. Fehlen Kindergärten, Schulen oder Alterseinrichtungen, wird dies fast unmöglich. Dem sollten wir sehr

Ivanna Khrapko

Ivanna Khrapko, 34-jährig, lebt in Kyjiw. Sie ist Vorsitzende des Jugendrates des Gewerkschaftsbundes der Ukraine und Leiterin der Bildungsabteilung der Gewerkschaft der Staatsbediensteten der Ukraine.

viel mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn die Auswirkungen sind gross. Vor allem für Frauen.

Wie entwickeln sich die Branchen heute?

Sehr unterschiedlich. Viele Sektoren haben ihre Tätigkeiten auf die Unterstützung der Armee und die Landesverteidigung ausgerichtet. Das ist verständlich.

Kannst du ein paar Beispiele geben?

Nehmen wir den Energiesektor: «Dank» dem Umstand, dass wir unter Dauerbeschuss 2022/23 immer sehr schnell Lösungen für zerbombte Elektrizitätswerke finden mussten, konnte sich diese Branche sehr rasch modernisieren und ist sehr robust geworden – auch mit der Hilfe aus Europa. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es aber auch eine der gefährlichsten Branchen für die Angestellten: Herrscht Luftalarm, müssen sie trotzdem weiterarbeiten.

Auch die Landwirtschaft leidet. Als Folge der Zerstörung des Khakowka-Staudamms mit tausenden weggeschwemmten Minen ist nun die Arbeit auf den Feldern unmöglich. Unsere Kolleg:innen von der Landwirtschafts-Gewerkschaft sind hier an Projekten beteiligt, die Landwirt:innen bei-

Fortsetzung von Seite 4

Instagram), Alphabet, Netflix oder TikTok. Es sind die ausländischen Plattformen, die in unserem Land Marktanteile gewinnen – auf Kosten der Medien-Vielfalt, von Arbeitsplätzen und damit des Journalismus als Disziplin insgesamt. 140, 55, 900 – wir stehen erst am Anfang

einer Entwicklung, die sich in den kommenden Monaten und Jahren akzentuieren dürfte. Wenn wir innerhalb von wenigen Monaten rund 5 Prozent einer gesamten Branche abbauen können, ohne dass ein Ruck durch die Gesellschaft geht, wenn wir darüber diskutieren, ob wir den Etat des Service Public der SRG zuerst um rund 240 Millionen, später

um rund 600 Millionen kürzen sollen (was in toto doch etwa 15-20 Prozent aller journalistischen Stellen im Land entsprechen dürfte) – dann wäre es an der Zeit darüber zu diskutieren, welche Rolle der Journalismus in unserer Demokratie künftig noch wahrnehmen soll.

bringen, diese Minen ausfindig zu machen und zu markieren.

Blicken wir auf die Metallindustrie, sehen wir zahlreiche Regionen oder wichtige Fabriken unter russischer Besatzung, oder sie leiden unter starkem Beschuss. Und die verbleibenden Fabriken haben mit Personal-mangel zu kämpfen, weil sehr viele Männer aus der Metallindustrie in der Armee dienen.

Wie sieht es mit dem Bildungssektor aus?

Hier wurde die Covid-Krise fast nahtlos vom Angriffskrieg abgelöst. Viele Universitäten, Schulen und Kindergärten in der ganzen Ukraine wurden zerstört. Kürzlich war ich in Kharkiv – es gibt dort kein einziges Universitätsgebäude, das nicht beschädigt ist. Seit Covid ist Online-Unterricht für viele Kinder und Student:innen die traurige Norm. Wir diskutieren aktuell, wie wir dieser riesigen Herausforderung nach dem Krieg begegnen sollen. Im Gesundheitssektor sieht es nicht besser aus, in Frontnähe sind viele Spitäler zerstört, zahlreiche Ärzt:innen und Pfleger:innen sind an der Front und operieren dort unter Beschuss. Was sich wohl leider noch zeigen wird ist, dass sich der Bereich der Rehabilitation für Soldat:innen oder Kriegsverwundete sehr stark entwickeln wird.

Und wie steht es um den öffentlichen Dienst?

Der öffentliche Dienst wurde vor allem auf zwei Arten beeinträchtigt: Einerseits wurden sehr viele Verwaltungsgebäude zerstört. Andererseits hängt er von Geldern aus der Europäischen Union ab, und weil der Löwenanteil des ukrainischen Staatsbudgets in die Armee geht, sind die Löhne schlecht.

Wie gestaltet sich die Beziehung zwischen den Gewerkschaften und der Rüstungsindustrie? Wie stark sind Arbeitsrechte in diesem Umfeld?

Ja, wir haben Gewerkschaften, die sich im Rüstungssektor engagieren und die Angestellten unterstützen, etwa bezüglich Ferientage – die Löhne hier sind weniger das

Problem. Aber – und das liegt in der Natur der Sache – sie reden nicht viel über ihre Arbeit – und ich weiss insbesondere nicht, wie sich diese Beziehung in den neueren Arbeitsstätten ausgestaltet, etwa bei der Drohnenerfertigung.

Wie geht die Gewerkschaftsbewegung mit dem durch Krieg erstarkten Nationalismus um?

(lacht) Ich verstehe diese Frage nicht. Für mich heisst Nationalismus: Ich liebe mein Land. Und ich bin stolz, Ukrainerin zu sein. Wir haben diesen Kampf um den Begriff hier nicht wie in Westeuropa. Wir sind in diesem Krieg vereint, im Bestreben, am Leben zu bleiben und zu gewinnen. Aber: Wir werden vom erstarkenden Nationalismus in Europa in Mitleidenschaft gezogen, wenn rechte Parteien die Unterstützung der Ukraine dazu nutzen, um die eigene Bevölkerung aufzuwiegeln oder mit dem Friedensbegriff unseren Kontext zu manipulieren. Für uns heisst „Frieden“, mindestens 26 Prozent der Ukraine und die Menschen einfach zu vergessen.

Die Kriegsberichterstattung ist sehr männlich geprägt und oft auf die Kriegsfrente fokussiert. Wie ist die Situation der Frauen in der Ukraine? An welchen Fronten kämpfen sie?

Mehr als 60'000 Frauen dienen aktuell in der Armee. Etwa 5'000 davon direkt an der Front. Das ist das eine. Die Frauen in der Ukraine haben aber viele Gesichter. Sie sind Freiwillige, sammeln Geld für die Front, sorgen für die Kinder, die Eltern, und ich weiss nicht, wie sie das alles stemmen. Frauen, die hiergeblieben sind, schaffen es irgendwie, mit den Gegebenheiten umzugehen. Wichtig ist sicher, dass wir erreicht haben, dass es ein Recht auf Home-Office gibt. Das erleichtert vieles, vor allem für die Frauen.

Kehren Frauen aktuell auch aus dem Ausland zurück und wenn ja: Welche Erfahrungen machen sie in der Migration?

Die Voraussetzungen für eine Rückkehr sind Sicherheit, Infrastruktur und die

Möglichkeit, sich eine Wohnung leisten zu können. Heute gibt es viele Frauen, die zwischen den Welten hin- und herpendeln – einen Monat hier sind, etwa, wenn ihre Männer an der Front sind, und dann wieder nach Europa zurückkehren, wo sie sich eingelebt haben. Frauen, die eine sichere Arbeit im Ausland gefunden haben, wollen in der Regel momentan nicht zurückkommen. Was Unsicherheit schafft, ist der Fakt, dass die Aufenthaltsstatus nur kurzfristig ausgelegt sind. Und viele haben hier in der Ukraine alles verloren. Das sind grosse Herausforderungen, die da noch auf uns zukommen.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften, um die Frauen, die geblieben sind, zu unterstützen?

Meine Gewerkschaft organisiert etwa Angebote im Bereich der psychischen Gesundheit oder Weiterbildungen für Lehrer:innen. Auch ganz individuell helfen wir bei der Mittelbeschaffung, unterstützen bei administrativen Belangen, und da ist auch – trotz Krieg – unser Kampf für Lohngleichheit. Weiter haben die Gewerkschaften erreicht, dass die zu Kriegsbeginn gestrichenen Kinderzulagen wieder ausbezahlt werden. Das ist insbesondere für Frauen wichtig, deren Männer an der Front kämpfen und die auf sich alleine gestellt sind.

Wie entwickelt sich die Solidarität, sich gewerkschaftlich zu engagieren?

Während der letzten zwei Jahre habe ich erstmals gespürt, was diese Solidarität bedeutet. Vor dem Krieg war das für mich ein abstrakter Begriff. Aber nach dem Angriff reagierten unsere Kolleg:innen überall auf der Welt sofort. Zu realisieren, wie gross unser weltweites Netzwerk ist, das war unglaublich. Das Gefühl, wie alle einander helfen, werde ich wohl bis ans Ende meines Lebens nicht mehr vergessen.

Das Geld muss an die Leute, nicht in den Tresor

von Reto Wyss

Anstatt die chronischen Rechnungsüberschüsse für wichtige Aufgaben zu verwenden – etwa für den so dringenden Ausbau der Prämienverbilligungen –, werden sie von den meisten Kantonen auf die hohe Kante gelegt. Der Kanton Aargau ist da leider keine Ausnahme, im Gegenteil.

Unangebrachtes Schulterklopfen

Gleich vorweg: Der neuerdings vom Bundesrat verfolgte Sparkurs ist volkswirtschaftlich völlig falsch und angesichts des allgemeinen Zustands der öffentlichen Finanzen komplett irrsinnig. Auch nach der Pandemie verfügt die öffentliche Hand noch über ein Reinvermögen von etwa 400 Milliarden Franken, was mehr als der Hälfte der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Wer sich mit Sparpaketen zur Zeit auf den ersten Blick zurückhält, sind die Kantone – mit einigen gravierenden Ausnahmen. Doch sollte dies nicht als Lob verstanden werden, im Gegenteil. Denn seit Jahren budge-

tieren die meisten Finanzdirektor:innen Millionendefizite, um sich danach bei der Präsentation der Rechnung ob der "überraschend" positiven Abschlüsse auf die Schulter zu klopfen. Beispiel Medienmitteilung des Kantons Aargau vom März 2023: "Finanzdirektor Dr. Markus Dieth freute sich an der Medienkonferenz, dass er erneut und seit 2017 ununterbrochen einen positiven Rechnungsabschluss präsentieren konnte".

Seit Jahren schleichende Sparpolitik

Das Hauptproblem dabei: Aufgrund der restriktiven Haushaltsregeln ("Schuldenbremse") fliessen die erzielten Überschüsse fast nirgendwo in produktive Ausgaben oder Investitionen, sondern sie verschwinden in einem anhaltenden Vermögensaufbau. De facto betreiben die Kantone damit seit Jahren eine schleichende Sparpolitik, denn sie beteiligen sich entsprechend viel zu wenig stark an eminent wichtigen öffentlichen Aufgaben, für welche sie zentral in der Verantwortung stünden. Darunter insbesondere die Prämienverbilligungen, die Langzeitpflege oder die Finanzierung der Energiewende.



Reto Wyss
Zentralsekretär Ökonomie
SGB

Ausgaben für die Verbilligung der Krankenkassenprämien bei Weitem mehr als verdoppeln können! Der unter der anhaltenden Kaufkraftkrise leidenden Bevölkerung wäre damit wirklich ein Dienst erwiesen worden. Doch so weit kam es

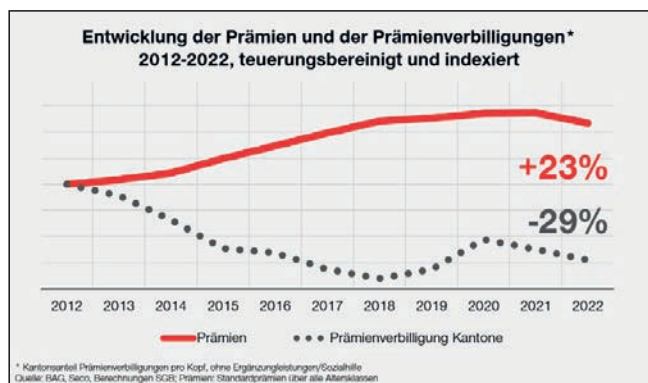
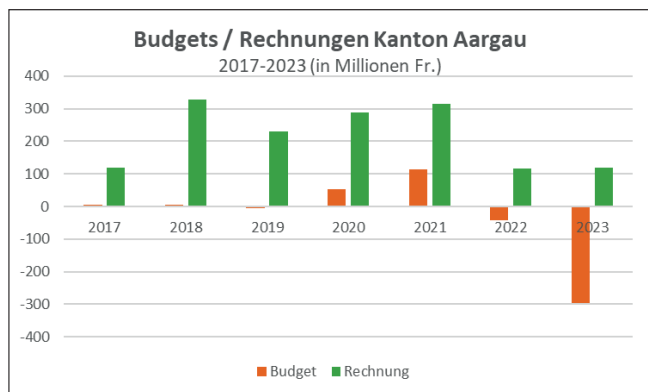
nicht: Stattdessen budgetieren die Kantone für das letzte Jahr einen Anstieg der Prämienverbilligungen von weit weniger als der Hälfte des Prämienanstiegs, den die Bevölkerung direkt aus der eigenen Tasche zu tragen hat. Was dies für Haushalte mit mittleren und tiefen Einkommen bedeutet, ist klar: Sie haben laufend einen noch höheren Anteil der gestiegenen Gesundheitskosten selbst zu tragen.

Aargau steht schlecht da

Was die Prämienverbilligungen betrifft, ist der Kanton Aargau ein besonders schlechtes Beispiel, denn sein Kantonsanteil an den ausgeschütteten Verbilligungen liegt bei nur 37 Prozent, während er im Durchschnitt aller Kantone 10 Prozentpunkte höher liegt (der Rest ist Bundesanteil). Das führt dazu, dass im Kanton Aargau die Prämienbelastung vieler Haushalte sogar über dem Schweizer Durchschnitt liegt, obwohl die Prämien im Kanton deutlich darunter liegen. Um solche Zustände endlich zu ändern, braucht es nun politisch Gegensteuer. Im Klartext: Es braucht im Juni ein Ja zur Prämientlastungs-Initiative. Diese Initiative fixiert die maximale Prämienbelastung der Haushalte bei 10 Prozent ihres Einkommens. Bezahlen sie mehr, müssen sie mehr Prämienverbilligungen erhalten. Dadurch werden die Kantone endlich in die Pflicht genommen, auch der Kanton Aargau.

Rückstand bei den Prämienverbilligungen

Um das Beispiel der Prämienverbilligungen zu verdeutlichen: Die Kantone hätten sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2022 alleine mit den Rechnungsüberschüssen ihre



* Kantonsanteil Prämienverbilligungen pro Kopf, ohne Ergänzungsleistungen/Sozialhilfe
Quelle: BAG, Saco, Berechnungen SGB; Prämien: Ständerprämien über alle Altersklassen

1. Maifeiern 2024

Aarau

Markthalle, 17.00 – 20.30

Umzug ab Bahnhof 17.30 (Besammlung Bahnhof 17.15)
Ansprachen ab 18.00 von:



Pierre-Yves Maillard
Präsident SGB,
Ständerat



Mechtild Mus
Co-Präsidium Junge Grüne Aargau,
Grossratskandidatin



Duaa Al-Mizori
Mitglied Flüchtlingsparlament, Projektleiterin NCBI, ausreisepflichtig

Organisation: 1. Mai-Komitee Aarau

Rahmenprogramm ab 17.00

- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Musik mit **Marea Nucha** (aus dem Freiamt)
- Poetry Slam von **Martina Hügi**



Moderation: **Leona Klopfenstein** (Einwohnerrätin / Grossratskandidatin)

Lenzburg

Metzplatz, 16.30 – 19.30

Ansprachen 17.00 / 17.30 / 18.00 von:



Julia Mosimann
Grossratskandidatin



Martin R. Dean
Schriftsteller



Dieter Egli
Regierungsrat

Organisation: 1. Mai-Komitee Lenzburg

Rahmenprogramm 16.30 - 19.30

- Pasta-Festival
- Festwirtschaft
- Familienspiele
- Musik mit **Harter & Güntensperger** (Jazz, Latin, Soul)



Moderation: **Gabi Lauper Richner**, Grossrätin SP, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg

Zofingen

Markthalle, 16.00 – 19.00

Ansprachen ab 16.30 von:



Michael Wacker
Grossrat



Ugur Diktas
Vorstand JUSO Aargau



Barbara Stocker Kalberer
Präs. Schweiz. Hebammenverband

Rahmenprogramm / Festwirtschaft ab 16.00

- Risotto und Feines vom Grill (ab 16.00)
- Musik mit **Unfound** (Jazz, Soul, R&B, Pop)

Organisation und Moderation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

Oberkulm

Alterszentrum mittleres Wynental
19.00 – 22.00

Vorabendveranstaltung! Dienstag, 30. April

Themenanlass

Die unbezahlte Pflegeleistung von Angehörigen – Wege daraus! Pro und Contra über neue Pflegemodelle. Das Gesetz bietet seit einem Bundesgerichtsentscheid vom 2019 Angehörigen die Möglichkeit, ihre wichtige Pflegeleistung finanziell zu entgelten. Ist es eine Überforderung oder trägt es dazu bei, Kosten im Pflegebereich zu reduzieren? Wir diskutieren Pro und Contra und wir lassen Betroffene zu Wort kommen.



Organisation:
Lucia Lanz
Grossratskandidatin

Mit Beiträgen von

- **Ralf Bürge**, Stiftung Lindenhof
- einer pflegenden **Angehörigen**
- **Jakob Fäs**, Alterszentrum Mittleres Wynental
- einer Vertretung des **VAKA Gesundheitsverband Aargau**
- weiteren **Akteurinnen aus dem Pflegeprozess**

Mit Apéro und kleinem Imbiss

Organisation: SP Bezirk Kulm und 1. Mai-Komitee Bezirk Kulm

Baden

Bahnhofplatz, 12.00 – 17.00

Umzug durch die Stadt 14.10

Ansprachen 13.00 / 13.40 / 15.00 von:



Abdullah Demirbas
Ex-Bürgermeister
von Diyarbakir
Sur



Ruth Müri
Grossrätin,
Regierungsratskandidatin



Nicola Siegrist
Präsident JUSO
Schweiz, SP-
Kantonsrat Zürich

To be announced: Wegen Bauarbeiten in Baden:
Alle aktuellen Informationen sind auf
1maibaden.ch zu finden.

Rahmenprogramm 12.00 – 17.00

- Festwirtschaft
- Akkordeonmusik mit **Claudio Eckmann**



Organisation: 1. Mai-Komitee Baden – Bezirke Baden und Zurzach
Button à 5 Franken zur Unkostendeckung

Moderation: **Mia Jenni**, Grossrätin, Präsidentin 1. Mai-Komitee Baden

Brugg

Neumarktplatz (bei trockenem Wetter)
Forum Odeon (bei Regen), 17.00 – 20.00

Ansprachen ca. 17.30 von:



Bruna Campanello
Geschäftsleitung
Unia Schweiz

Rahmenprogramm

- ab 17.00
Getränke und Snacks
- zum Abschluss
politische CH-Lieder mit
Marco Pollastrì



Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

Muri

ref. Kirchgemeindesaal, 17.00 – 22.00

Ansprachen 17.30 / 18.00 / 18.30 von:



Kujtim Ahmeti
Leiter Pflege und
Betreuung



Daniel Bär
Inhaber psychiatrische
Spitex



Simona Brizzi
Nationalrätin

Rahmenprogramm ab 17.00

- Geträmk / Kaffee und Desserts
- Pastaplausch mit Giulio Rossini (ab 19.00)
- Unterhaltung mit der Band **Triome** aus Muri (19.30)

Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Frick

Kulturhaus Meck, Geissgasse 17 / 16.30 – 20.00

Ansprachen 17.00 / 17.30 / 18.00 / 18.30 von:



Rolf Schmid
Grossrat, Präsident
SP Bezirk Laufen-
burg



Jane Bossard
Jugendsekretärin
Gew. syndicom



Claudia Rohrer
Grossrätin, Co-
Fraktionschefin



Mia Jenni
Grossrätin, Sekre-
tariat SP queer

Festbetrieb ab 16.30

- Streetfood von **Tortilla Maya**, hausgemachte
Weizen- und Maistortillas (veg.)
- Musik mit **Raimund Huber**, Laufenburg D
- bekannt aus Gewerkschafts- und Friedensbe-
wegung



Moderation: Vorstand 1. Mai-Komitee

Organisation: 1. Mai-Komitee Fricktal / SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg

Ein Murmeltier mit hoher Lebenserwartung

von Irène Kälin

Das historische Ja zur Initiative für eine 13. AHV-Rente ist für die heutigen und zukünftigen Rentner:innen ein wichtiger Fortschritt. Und noch historischer ist, dass damit die solidarische 1. Säule der Altersvorsorge gestärkt wurde. Gerade für Frauen ist dies ein Fortschritt, der seinesgleichen sucht. Leider.

Es hat etwas von einer mühsamen Redundanz, immer wieder daran erinnern zu müssen und erinnert zu werden, dass Frauen noch immer weniger verdienen als Männer. Aber leider ist es eine Tatsache. Und diese himmelschreiend ungerechte Tatsache muss – Redundanz hin oder her – so lange benannt werden, bis wir Lohngleichheit haben. Denn es gibt nun mal keinen einzigen guten Grund, wieso Frauen für gleichwertige Arbeit nicht gleich entlohnt werden sollten wie Männer. Keinen einzigen.

Minime Fortschritte im Schnecken tempo

Seit 1981 ist in der Bundesverfassung der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ verankert und seit 1996 ist das Gleichstellungsgesetz in Kraft. Mit der Durchsetzung der Lohngleichheit hapert es jedoch gewaltig! Der 2009 gestartete, freiwillige Lohngleichheitsdialog hat an dieser Tatsache nicht viel geändert und ist abgebrochen worden. Seit 2020 müssen Unternehmen mit mehr als 100 Arbeitnehmer:innen Lohnanalysen machen und diese offen legen. Sanktionen gibt es keine. Sprich: Es gibt nur minime Fortschritte und sie bewegen sich im Schnecken tempo.

Dieses Laisser-faire hat schon heute für die Frauen schlimme Folgen. Frauen verdienen pro Monat durchschnittlich noch immer rund 1'500 Franken oder 18 Prozent weniger als Männer (erklärbarer und unerklärbarer Anteil zusammengerchnet). Und ja, das hat Folgen. Denn im Alter haben die betroffenen Frauen diese Diskriminierung erneut zu bezahlen – mit tieferen Renten. Da ist die 13. AHV-Rente

nicht einmal mehr ein angemessener Ersatz.

18 Prozent auf ein ganzes Leben hochgerechnet ist sehr viel. Der Bund schreibt auf seiner Website: «Rund die



Irène Kälin
Nationalrätin Grüne,
Präsidentin ArbeitAargau

Hälfte dieser Differenz lässt sich durch objektive Faktoren wie Ausbildung oder Branchenzugehörigkeit erklären. Die restliche Differenz bleibt ungeklärt und stellt möglicherweise eine Lohndiskriminierung dar.» Klar. Nur «möglicherweise». Der Vollständigkeit halber muss man anfügen, dass er nach diesen süffisanten Ausführungen noch festhält: «Um den Verfassungsgrundsatz zu verwirklichen, muss Lohnungleichheit – ob erklärt oder unerklärt – beseitigt werden.»

Genau. Muss. Müsste! Seit 43! Jahren. Aber ja. Die Realität kennen wir. Ich will mich jetzt nicht auch noch in den Irrwitz der Frage verirren, was denn der erklärbare «objektive» Lohnunterschied ist oder nicht ist. Aber es versteht sich von selber, dass auch dieser «objektive» Teil des Lohnunterschiedes jetzt nicht nach Gerechtigkeit schreit. Im Gegenteil.

Es ist wie in einem schlechten Film. Täglich grüsst das Murmeltier. Offenbar ist dieses Murmeltier eines mit einer hohen Lebenserwartung. Es grüsst nun schon seit 43 Jahren.

Frauen zahlen bereits jetzt 13. AHV-Rente zurück

Ja. Ich freue mich wirklich sehr über die 13. AHV-Rente. Und ja, sie macht einen Unterschied für Rentner:innen. Aber wirklich freuen würde ich mich, wenn wir bei der Lohngleichheit endlich Nägel mit Köpfen machen würden. Denn wenn man die fehlende Lohngleichheit nun noch in einen grösseren Zusammenhang stellt, dann wird die Freude über die 13. AHV-Rente schlagartig getrübt. Wir haben das Rentenalter für Frauen jenem der Männer angepasst (da sind wir jetzt also gleichberechtigt). Frauen zahlen ihre 13. AHV-Rente also be-

reits mehr als zurück, indem sie ein Jahr länger arbeiten. Und wir haben eine BVG-Revision in der Pipeline, die, statt Frauen höhere Renten aus der zweiten Säule zu zahlen, darum besorgt ist, einen Rentenabbau für die Mehrheit zu garantieren. Wundervolle Aussichten. Wir können im Herbst darüber abstimmen und nur hoffen, dass unsere Bürger:innen den Betrug sehen.

Initiative zur Lohngleichheit: Noch heute unterschreiben!

Einziges Lichtblick für das Murmeltier: Dank der fast fertig gesammelten Unterschriften für unsere Lohngleichheitsinitiative im Aargau könnte ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werden. Lohngleichheitsanalysen ab 50 Arbeitnehmer:innen, mit angemessenen Sanktionen für jene, die weiterhin glauben, dass durchschnittlich 18% weniger Lohn für Frauen in Ordnung sind. Und die Wiedereinführung (das Wort sagt schon alles!) einer Gleichstellungsfachstelle im Kanton Aargau. Wer die Initiative noch nicht unterschrieben hat: Noch bis am 14. Juni läuft die Unterschriftensammlung. Also unbedingt in den kommenden Tagen die nachstehende Seite ausschneiden, ausfüllen und an ArbeitAargau senden.



LOHN GLEICH HEIT



**UM WAS GEHT'S?
HIER INITIATIVTEXT LESEN, UNTERSCHREIBEN
UND UNTERSTÜTZEN.**



IM KANTON AARGAU – JETZT!

Gestützt auf § 64 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 (SAR 110.000) stellen die unterzeichnenden im Kanton Aargau stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger folgendes Initiativbegehren in Form der allgemeinen Anregung:

Es ist ein Gesetz im Sinne von § 78 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 (SAR 110.00) zu erlassen, welches die Reduktion der negativen sozialpolitischen Auswirkungen von Lohndiskriminierung zum Ziel hat und die folgenden Grundsätze umsetzt:

1. Für eine wirksame Bekämpfung der negativen sozialpolitischen Auswirkungen der Lohnungleichheit unter den Geschlechtern sind folgende gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und umzusetzen:
 - Die Pflicht zur Durchführung von Lohnanalysen gemäss Art. 13a ff. GlG (Gleichstellungsgesetz, SR 151.1) gilt für privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber:innen mit Sitz im Kanton Aargau ab 50 Arbeitnehmer:innen;
 - Die Einhaltung der Analysepflicht sowie die Einhaltung der Vorgaben werden von der zu schaffenden Fachstelle für Gleichstellung in Zusammenarbeit mit der Tripartiten Kommission (TPK) kontrolliert;
 - Für den Fall des Verstosses gegen das Gebot der Lohngleichheit unter den Geschlechtern sind geeignete Sanktionen vorzusehen.
2. Der Kanton Aargau betreibt eine Fachstelle für Gleichstellung, welche die Gleichstellung der Geschlechter, die Diversität in der Gesellschaft und den Schutz vor Diskriminierung fördert sowie als zentrale Kontroll- und Meldestelle für Verstösse gegen die Lohngleichheit fungiert. Die Fachstelle ist organisatorisch der Staatskanzlei unterstellt und die Leitung der Fachstelle wird vom Regierungsrat gewählt.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde des Kantons Aargau wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, unterzeichnen es handschriftlich. Wer unbefugt an einem Initiativbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich nach Art. 282 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) strafbar. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt, macht sich nach Art. 281 StGB strafbar.

Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name eigenhändig und leserlich	Vorname eigenhändig und leserlich	Geburts- datum	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Unterschrift eigenhändig	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						

Die nachstehend erwähnten Personen bilden das Initiativkomitee und sind berechtigt, die Volksinitiative mit einfachem Mehr zurückzuziehen:

Irène Kälin, Hauptstrasse 28, 5032 Aarau Rohr; Silvia Dell'Aquila, Bachstrasse 41, 5000 Aarau; Simone Jacot, Erlinsbacherstrasse 42, 5000 Aarau; Daniel Hotz, Rebenhübel 5, 5503 Schafisheim; Reto Geissmann, Eulenweg 77, 5400 Baden; Martin Schwab, Engstelweg 56, 5036 Oberentfelden; Eugenio Tura, Wynenfeldweg 11, 5033 Buchs; Christine Iten, Breitenweg 24B, 5703 Seon

Veröffentlicht im Amtsblatt des Kantons Aargau vom 14. Juni 2023. **Ablauf der Sammelfrist: 14. Juni 2024**

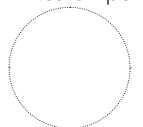
Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in aargauischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Datum: _____ Amtsstempel

Eigenhändige Unterschrift: _____

Amtliche Eigenschaft: _____



Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenliste bitte umgehend einsenden an: **ArbeitAargau, Bachstrasse 43, 5000 Aarau**
Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden unter sekretariat@arbeitsaargau.ch

Die Gesundheitsbranche hat sich krank gefressen

von Lelia Hunziker

Was waren sie erstaunt! Erstaunt über das klare Ja der Bevölkerung zur 13. AHV-Rente im März. Sie, die liberalen Zeitungen und die rechtskonservativen Politiker:innen. Ich wundere mich über dieses Staunen. Wie kann man nur so weit weg von den Menschen sein und nicht merken, was sie umtreibt? Schon klar: Wir baden alle in unserem Biotop, treffen die immer gleichen Frösche und Wasserläufer:innen, während wir um den Hahnenfuss herum tauchen. Aber wir stehen auch alle mitten im Leben. Wir treffen alte Schulkolleg:innen, tauschen uns nach dem Elternabend bei Salzstängeli und Schorle aus und sehen das Leben in der Nachbarschaft. Und wer mit den Menschen spricht, war nicht erstaunt. Die Teuerung frisst tiefe Löcher in die Portemonnaies. Die Mieten und Nebenkosten steigen im Halbjahrestakt, der Wocheneinkauf scheint nicht nur jede Woche ein bisschen teurer, sondern er ist es auch.

Die Menschen in der Schweiz sagen deshalb zu Recht: Jetzt sind wir dran! Viele Jahre wurde die Politik von Exponent:innen der egoistischen Schweiz mit dem Stöcklein vor sich hergetrieben. Eigennutz wurde zur Norm. Ging es um Steuererleichterungen für Reiche, Vorteile für Vermögende und Forderungen der Konzerne, sprang Rechtskonservativ flink über dieses Stöcklein und rief den Menschen im Land glauben: Geht es den Reichen gut, geht es allen gut. Das stimmt nicht.

Unersättliche Gesundheitsbranche

Und die Gesundheitskosten steigen auch stetig. Jedes Jahr kommt, wie das Amen in der Kirche, der Prämienaufschlag. Menschen beugen sich über die neuen Policen, versuchen die kryptischen Pläne und Programme zu enträtseln. Welche Franchisen machen Sinn? Welche Chancen und Risiken gibt es? Links und rechts ploppen die gluschtigen Angebote anderer Krankenkassen auf, Plattformen

rechnen uns vor, welche die günstigste wäre. Und was machen wir? Wir bleiben, wo wir sind. Aus Überforderung, Faulheit und aber auch, weil niemand wirklich glaubt, dass das Gras auf der anderen Seite des Hages saftiger ist, auch wenn es grüner scheint. Ja, vielleicht haben wir den Glauben und das Vertrauen in die Versicherer verloren: Sie werden uns wohl einfach zuerst über den Tisch und dann das Geld aus der Tasche ziehen.



Lelia Hunziker
Grossrätin SP Aargau
Mitglied Landesvorstand
VPOD Schweiz

EFAS? Nicht mit uns!

Und was schlägt die Politik vor? EFAS! EFAS: Die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, ist eine grundsätzliche Reform des Krankenversicherungsgesetzes. Die Kantone geben mit EFAS die Macht den Krankenversicherern, diese verwalten künftig 11 Milliarden Steuergelder. EFAS unterwirft Pflegeheime und häusliche Pflege derselben Profit- und Wettbewerbslogik, die bereits zu Spitalschliessungen und Stellenabbau in den öffentlichen Spitälern geführt hat. Die Folge: die Profitorientierung wächst weiter, die Kantone sparen noch mehr und in den öffentlichen Spitälern, Spitex und in den Heimen wird das Geld für die medizinische Grundversorgung noch knapper. Und das alles auf dem Buckel der Prämienzahlenden und des Personals. Deshalb: Unterschreibt das Referendum gegen EFAS.

Ja zur Krankenkassen-Initiative am 9. Juni

Im Juni stimmen wir über zwei Gesundheitsinitiativen ab: Die Initiative der SP für eine bezahlbare Krankenkasse und die der Mitte für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen.

Die Krankenkassen-Initiative der SP deckelt die Prämien bei 10 Prozent des Einkommens. Bei einer Annahme verschiebt sich der Druck der steigenden Gesundheitskosten und der steigenden Prämien auf Bund und Kantone. Diese müssen deutlich mehr Prämienverbilligungen ausschüt-

ten und haben damit einen starken Anreiz, endlich bei den Medikamentenpreisen und dem teuren Pseudo-Wettbewerb zwischen den Kassen vorwärts zu machen. Quasi ein doppelter Hattrick. Und quasi auch das Gegenteil von EFAS, bei EFAS geht der Druck zu den Krankenversicherern, welche diesen dann an Kund:innen und Personal weitergeben.

Ja, mit Gesundheit kann man viel Geld verdienen, und die Wirtschaft und ihre hochpotente Lobby hat sich das staatlich finanzierte Gesundheitswesen zum Selbstbedienungsladen gemacht. Ganz nach dem Motto: Die Profite für die Wirtschaft und die Kosten für den Staat. Es mag abgedroschen tönen, aber nirgends trifft das wohl mehr zu als in der Gesundheitsbranche. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte will auch das unersättliche Monster zähmen. Aber: Das Risiko, dass so Leistungen aus der Grundversicherung gestrichen werden, die Franchisen steigen oder der Druck auf das Personal steigt, ist gross. Deshalb im Juni: Ja zur SP-Krankenkassen-Initiative und Nein zur Kostenbremse der Mitte.

Dieses Jahr hat mit dem Gewinn von AHVx13 gut angefangen, lasst uns gemeinsam mit der Bevölkerung die kommenden Wochen den Weg für eine soziale Schweiz für alle weitergehen.



1. Mai muss kantonaler Feiertag sein!

von Stefan Dietrich

Die Einführung des 1. Mai als öffentlicher und im ganzen Kanton begangener Feiertag ist schon lange überfällig. Die SP Aargau fordert die kantonsweite Einführung des 1. Mai als zusätzlichen Feiertag.

Weltweit - in über 150 Ländern - wird der «Tag der Arbeit» am 1. Mai gefeiert. Er ist der einzige internationale und weltumspannende Feiertag. Er ist allen arbeitenden Menschen gewidmet und soll an die in der Vergangenheit harten Arbeitsbedingungen während der Industrialisierung und die schwer erkämpften sozialen Errungenschaften erinnern.

Der 1. Mai hat seinen Ursprung in den «Haymarket Riots» und dem Generalstreik von 1886 in den USA und in den Kämpfen der Arbeiterbewegung für bessere allgemeine Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Insbesondere die Durchsetzung des Achtstundentags und die spätere Einführung der 5-Tage-Woche wird mit dem «Tag der Arbeit» verbunden. Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte bewegen seither gewerkschaftlich oder sozialpolitisch engagierte Arbeitnehmer:innen.

In vielen europäischen Ländern ist der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag selbstver-

ständig und tief verankert. Als Beispiele lassen sich unsere Nachbarländer aufführen: Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Liechtenstein. Weitere Beispiele sind Belgien, Finnland, Griechenland, Irland, Kroatien, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Slowenien, Slowakei, Spanien, Tschechien und Ungarn. Auch in der Schweiz wird der «Tag der Arbeit» begangen, allerdings als regionaler Feiertag nur in Teilen des Landes. In den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Basel-Land, Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Thurgau und im Tessin ist der 1. Mai ein Feiertag.

Bei uns im Kanton Aargau ist der 1. Mai kein offizieller Feiertag. Es gibt grosse Unterschiede von Bezirk zu Bezirk, von Gemeinde zu Gemeinde, von Betrieb zu Betrieb. Obwohl der Tag kein offizieller Feiertag ist, geben manche Betriebe und Behörden ihren Angestellten einen halben Tag, selten auch einen ganzen Tag frei. Viele Menschen im Aargau müssen dennoch ihrer Arbeit nachgehen. Jeder Kanton kann acht offizielle Feiertage festlegen, die den Sonntagen gleichgestellt sind. Im Kanton Aargau gelten aktuell sechs regional unterschiedliche Feiertagsregelungen. Der 1. Mai ist trotz seiner

überregionalen, internationalen Bedeutung nicht einheitlich geregelt. Im Aargau herrscht ein unübersichtlicher Wildwuchs. Im Kanton wird einerseits gearbeitet, einige haben frei, andere arbeiten nur vormittags. Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in unseren Nachbarkantonen arbeiten und im Aargau wohnen, haben arbeitsfrei. Es wird Zeit, dass sich dies ändert und wir den Wildwuchs beenden.

Einerseits kann die Feier des 1. Mai im Kanton Aargau als Anerkennung der historischen Bedeutung der Arbeiterbewegung und ihrer sozialen Errungenschaften, wie der Einführung des Achtstundentages, gesehen werden. Andererseits könnte es auch als Gelegenheit dienen, die vom Lohn abhängigen Beschäftigten zu würdigen, aber auch auf die aktuellen Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeitnehmer:innen aufmerksam zu machen.

Kämpfen wir für unseren Feiertag! Es geht nicht um Symbolik, sondern um Wertschätzung für die Arbeit der Bevölkerungsmehrheit, die tagtäglich unsere Gesellschaft, unser Land am Laufen hält und den Mehrwert erwirtschaftet, auf dem unser aller Wohlergehen und Wohlstand beruhen.

Eine Umsetzung ist möglich. Entscheidend ist der politische Wille! Gehen wir es an!



Stefan Dietrich
Grossrat, Co-Präsident SP
Kanton Aargau





Auf der Sonnenseite des Hallwilersees

Geniessen Sie einen Baditag auf der grossen Liegewiese mit vielen Bäumen oder verköstigen Sie sich auf der Restaurantterrasse. Und am Abend können Sie auf unserem grossen Sonnendeck mit der langen Bank einen unvergesslichen Sonnenuntergang erleben.

Dank der modernen Gastronomie und dem zusätzlichen Kiosk können wir Sie umfassend bedienen. Ab 18 Uhr profitieren Sie von einem reduzierten Eintritt. Aktuelle Temperaturen finden Sie auf unserer Website.

Bitte Sommerprogramm beachten, z.B. Lesung mit Schauspieler Franco Russo am Mi, 7.8. um 21.00 Uhr auf dem Sonnendeck.



tennwil.ch



instagram



WIR ERGREIFEN PARTEI

FÜR KAUFKRAFT.

AM 9. JUNI:
JA ZUR PRÄMIEN-
ENTLASTUNGS-INITIATIVE





Am 1. Mai auf der Strasse.

Jeden Tag im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen.



www.ag-nws.unia.ch

Schliess dich an!



SPENDEN für die 1. Maizeitung:






Die Gewerkschaft für die Branchen:
 Post, Kurier-, Express-, Paketmarkt (KEP) und Logistik, Mail, Verkehr und Infrastruktur; Telecom, IT, Call Center, Telekommunikationsgewerbe, Grafische Industrie und Verpackung, Buch und Medienhandel, Presse und elektronische Medien, visuelle Kommunikation.

Stark, engagiert und kämpferisch

syndicom
Regionalsekretariat Olten
Hauptgasse 33, 4600 Olten

Tel.: 058 817 18 18
info@syndicom.ch
www.syndicom.ch



DEINE GEWERKSCHAFT

FÜR EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC

JETZT MITGLIED WERDEN:
AGSO.VPOD.CH



Schnapp den Hai-Button
Heute schon!



FEST DER SOLIDARITÄT

24.8.2024 • ARBEITER*INNENSTRANDBAD TENNWI



**NICOLA
SIEGRIST**



**ANNA
ROSENWASSER**



**PIERRE-YVES
MAILLARD**

REDEN AB 18 UHR

AB 16:00 UHR ESSEN & BARBETRIEB
DAZWISCHEN SATIRISCHE EINLAGEN VON

SIMON CHEN & MUSIK

WWW.FEST-DER-SOLIDARITAET.CH



Ein nationaler Angriff auf den Schutz von Arbeiter:innen im Verkauf

von Daria Frick

In mehreren Kantonen der Schweiz, so auch im Aargau, wird im Moment über eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten diskutiert. Aus Sicht der Arbeitnehmenden kommen diese Debatten einem direkten Angriff auf ihr Privatleben gleich.

Flexibilität liegt im Trend. In allen Branchen wird sie von Arbeitgebern von ihren Mitarbeiter:innen eingefordert. Auch die Arbeitnehmer:innen wünschen sich im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben mehr Spielraum. Zentral ist aber hier, die Brücke zu schlagen und einen Weg zu finden, wie diese Flexibilität nicht den Schutz der Arbeitnehmer:innen aushöhlt. Schweizweit werden zurzeit die Ladenöffnungszeiten im Verkauf kontinuierlich über Verordnungen ausgedehnt. Dabei wird eine «Salamitaktik» angewendet, weil das Stimmvolk dieser Ausweitung sehr kritisch gegenübersteht.

Ein weiterer bewilligungsfreier Sonntagsverkauf, wie er aktuell im Aargau zur Debatte steht, ist aus Sicht der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer:innen ein klarer Angriff auf den Arbeitnehmendenschutz, den es zu bekämpfen gilt. Bereits jetzt gibt es im Aargau die Möglichkeit, dass einzelne Gemeinden einen weiteren Verkaufssonntag über eine Bewilligung beantragen und durchführen dürfen. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum ein weiterer bewilligungsfreier Sonntagsverkauf flächendeckend eingeführt werden soll, wo nur einzelne Gemeinden einen Bedarf haben.

Was viele Unternehmen und einzelne Konsument:innen vergessen ist, dass eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten immer auf dem Rücken der Arbeitnehmenden im Detailhandel geschieht. Und die sind bereits jetzt in hohem Masse von flexibilisierten und deregulierten Arbeitsplänen belastet.

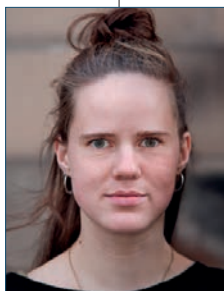
Es braucht nicht weniger, sondern mehr Schutz

Diesen Arbeitnehmer:innen noch mehr gesetzlich geschützte und damit auch planbare Ruhetage wegzunehmen, ist nicht gerechtfertigt und nicht akzeptabel. Wird der Sonntag als Ruhetag untergraben, geht damit eine allgemeine Ausdehnung der Öffnungszeiten einher. So sehen wir bereits jetzt, dass Schichten früher beginnen und erst spät enden. Ausserdem gibt es immer mehr und grössere Bahnhöfe und auch kleinere urbane Einkaufszentren haben ihre Türen in den vergangenen Jahren auch sonntags geöffnet. Nun also den Sonntag weiter als arbeitsfreien Tag zu schwächen, bedeutet die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf weiter anzugreifen.

Die Arbeitsbedingungen im Detailhandel sind in Bezug auf den Lohn, die Arbeitszeiten und die Arbeitsintensität oft prekär und belastend. Was es braucht, ist folglich nicht we-

niger, sondern mehr Schutz für die Arbeitnehmenden. Im Kern des Arbeitsgesetzes liegt der Gesundheitsschutz. Dass wir uns als Gewerkschaft Unia gegen mehr Sonntagsarbeit engagieren, muss als ein klares «Nein» zu noch mehr Stress und Burnouts und ein «Ja» zum Gesundheitsschutz gesehen werden.

Sollte sich der Grosse Rat dazu entscheiden, dennoch das Gesetz anzupassen und einen weiteren bewilligungsfreien Sonntagsverkauf im Kanton Aargau einzuführen, wird die Unia Aargau-Nordwestschweiz und ihre Mitglieder dagegen ankämpfen – mit Sicherheit werden sie dabei unterstützt werden von Verbündeten und Arbeitnehmer:innen.



Daria Frick
Leitung Politik und Kommunikation Unia AG-NWS



Vortrag

Zusammen arbeiten: Migration und heimischer Arbeitsmarkt in den Gewerkschaftsarchiven

6. September 2024 / 19:00 Uhr
im Staatsarchiv Aargau

(Entfelderstrasse 22, Aarau)

Anmeldung → bit.ly/3VlueAL

Die Anwerbung vieler italienischer Fremdarbeiter zur Bewältigung der Hochkonjunktur nach 1945 stellte auch die Aargauer Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Für den Strassen- und Wohnungsbau brauchte es Verstärkung. Aber wie konnte verhindert werden, dass die meist ungelernen Saisoniers die Löhne und Arbeitsbedingungen der heimischen Facharbeiter gefährdeten? Deshalb unterstützten die Gewerkschaften lange Zeit die Kontingentierung und Rotation.

Die Aargauer Gewerkschaftsarchive dokumentieren jedoch genauso, welche Mittel parallel ergriffen wurden, um die Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt als Mitglieder zu gewinnen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, und wie es schliesslich zur Wende in der Gewerkschaftspolitik der 1990er Jahre kam, in der gemeinsam für die Abschaffung des Saisonierstatuts gekämpft wurde. Rita Lanz zeigt in ihrem Vortrag zudem auf, wie die Zugewanderten als aktive Mitglieder und in Führungspositionen die Agenda der Aktionen und Forderungen veränderten. Der Vortrag will dazu ermuntern, die Gewerkschafts- und Migrationgeschichte des Aargaus neu zu schreiben und gibt einen Einblick in das Handwerk der Archivarin.

Zur Referentin

Rita Lanz ist Historikerin und Archivarin. Sie erschliesst gegenwärtig im Auftrag des von den Aktenbildnern getragenen Vereins «Archive der Aargauer Arbeiterbewegung AAA» die neueren Bestände der Gewerkschaften und SP. Das Kooperationsprojekt mit dem Staatsarchiv wird vom Aargauer Lotteriefonds unterstützt.